

ZAHLENLOTTO

Müller ist sauber

Die alte Weisheit, daß die Freundschaft aufhört, wenn es um Gelddinge geht, hat ihre Gültigkeit Ende letzten Jahres auch im politischen Raum wieder einmal bewiesen. In Berlin sind zwei politische Freundschaften zerbrochen: die des sozialdemokratischen Abgeordneten Curt Swolinzky zu seiner Partei (er trat aus) und die des Freidemokraten Alfred Günzel zur

Die amerikanischen Händler stehen allerdings unter einem stärkeren Druck als ihre deutschen Kollegen. Sie müssen ihre mit den Automobilfabriken fest vereinbarte Verkaufsquote um jeden Preis einhalten, wenn sie ihren Verkaufsvertrag nicht verlieren wollen. Feste Listenpreise kommen immer mehr aus der Mode. Es bleibt dem Händler überlassen, wie er es anstellt, auf seine Kosten zu kommen. Ein New-Yorker Autohändler klagte vor kurzem, daß er seine Wagen nur noch mit 18 Dollar (75,60 Mark) Profit absetzen könne, manche Händler arbeiten mitunter sogar ohne Gewinn, um ihr Verkaufsoll zu erfüllen. Immer lauter werden die Klagen, daß der „Kampf der Titanen“ — der Konkurrenzkampf der drei großen amerikanischen Autogesellschaften — auf den Rücken der Händler ausgefochten wird.

In weit weniger krasser Form müssen gelegentlich auch schon die deutschen Autohändler auf einen Teil ihrer garantierten Gewinnspanne verzichten, die bei Großfirmen, wie Ernst Dello & Co. („A-Händler“), etwa 16 Prozent, bei kleineren Firmen („B-Händler“) etwa 10 Prozent des Verkaufspreises beträgt. Die Kunden feilschen oft so lange um einen hohen Verrechnungswert für ihren Altwagen, daß sich der Händler entschließt, mit seinem Angebot über den Marktwert des Gebrauchtwagens hinauszugehen und den Verlust aus eigener Tasche zu tragen.

Sowjetkonkurrenz im Auto-Export

Dazu erklärt Westdeutschlands erfolgreichster Gebrauchtwagen-Händler Wilhelm Becker in Düsseldorf („Vor kurzem habe ich den zehntausendsten Gebrauchtwagen umgesetzt — das heißt, ich habe ihn an den Heimkehrer-Verband verschenkt“) sachkundig: „Auch die deutschen Vertragshändler der Großfirmen müssen ihr Soll erfüllen und nehmen deshalb häufig Gebrauchtwagen zu Preisen in Zahlung, die zu 30 bis 40 Prozent über dem realen Wert liegen.“

In der Tat wurden, um ein neues Fahrzeug zu verkaufen, für sehr gut erhaltene Opel-Kapitäne — mit einem Kilometerstand zwischen 15 000 und 20 000 — Beträge von 6 500 bis 7 000 Mark bewilligt. Jetzt sind diese Wagen in den Verkaufslisten mit 5 000 bis 6 000 Mark ausgezeichnet und selbst zu diesem Preis schwer abzusetzen.

Zum Überfluß wurde der Gebrauchtwagen-Export in letzter Zeit noch dadurch erschwert, daß Schweden wegen der Verstimmung über den von Bonn verzögerten neuen Handelsvertrag, der jetzt allerdings unterzeichnet worden ist, längere Zeit keine westdeutschen Autos abnahm und Norwegen ebenfalls mit Offerthen an deutsche Autoexporteure zurückhielt. Darüber freute sich ganz besonders die britische Autoindustrie.

Zum erstenmal führen in diesem Jahr auch die Sowjets Kraftfahrzeuge nach Norwegen aus. Die norwegische Regierung hat sich verpflichtet, 2 000 Personenkraftwagen vom Typ „Pobjeda“ für rund 5 000 Mark je Wagen abzunehmen.

Den süddeutschen Autohändlern, die bisher ihren Altwagen-Überschuß nach Österreich abschleppen konnten, wurde plötzlich die Grenze verriegelt. Vor einigen Wochen hat Österreichs Handelsminister Dr. Udo Illig höhere Zollsätze für die Einfuhr alter Wagen aus Deutschland und der Schweiz erlassen, so daß es sich für die Österreicher nicht mehr lohnt, einen alten Opel oder Borgward zu importieren.

Bisher waren deutsche Gebrauchtwagen recht gefragte Ausfuhrüter, weil die Experten des Altwagenhandels, wie Wilhelm

Becker, die sich nicht an die verkaufsstrategischen Rezepte der weltweiten großen Autokonzerne wie General Motors (alias Opel in Westdeutschland) und Ford zu halten brauchen, ihre Wagen „aus der zweiten Hand“ weit preiswerter anbieten als etwa ihre Schweizer Kollegen. Auch in den anderen westeuropäischen Ländern sind gebrauchte Wagen teurer als in Westdeutschland.

Die professionellen Händler (Becker: „Es gibt leider darunter noch zuviel Ruinen-Verkäufer“) wollen selbstverständlich keineswegs das Gerücht aufkommen lassen, daß es sich bei der gegenwärtigen Gebrauchtwagenflaute um eine strukturelle Absatzkrise handelt, „denn die Käu-



Lotto-Direktor a. D. Müller: Hat Bürgermeister Suhr Berlin vergrößert?

fer sind sehr hellhörig und spekulieren sofort auf Preissenkungen, wenn sie hören, daß die Gebrauchtwagen-Stapel wachsen. Solche Gerüchte sind tödlich.“

Ausgesprochene Mangelware auf dem Gebrauchtwagenmarkt sind Volkswagen des Modells 1955. Gebrauchte Luxuswagen dagegen sind gar keine Verkaufsschlager, weil ihre Betriebskosten meistens nicht zu dem Einkommen der Kunden passen, die sich für Wagen aus zweiter Hand interessieren.

„Unser aller Blick“, so sagt Altwagen-spezialist Becker, „ist nach dem Osten gerichtet. Wenn dort einmal ein Ventil geöffnet wird, dann haben wir gar nicht soviel Gebrauchtwagen, wie gebraucht werden.“ Im übrigen hofft die ganze Branche auf eine neue Belebung des Geschäfts im Frühjahr und nörgelt mit den Finanzämtern wegen der Umsatzsteuer-Belastungen, die den Altwagenpreis kräftig salzen.

Die Steuersitten im Altwagen-Geschäft sind in der Tat recht merkwürdig. Beispielsweise wird heute ein gebrauchter Opel-Kapitän für 6 000 Mark schlagartig um 240 Mark teurer, wenn der Händler etwa den Kotflügel ausbeult oder ein Ventil einschleift. Denn sobald am Gebrauchtwagen „eine Reparatur“ vorgenommen wird, verlangt das Finanzamt vier Prozent Umsatzsteuer vom Verkaufspreis des Fahrzeugs. Nicht als Reparatur gilt lediglich das Staubwischen.

FDP (er legte sein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus nieder).

Zum Bruch dieser Freundschaften kam es letztlich durch einen Bericht des Rechnungshofes von Berlin über das Finanzgebaren des Berliner Zahlenlotos*. Im Aufsichtsrat dieses Zahlenlotos saßen die Abgeordneten Swolinzky und Günzel.

Das Berliner Zahlenlotto ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

- ▷ 50 Prozent der Einnahmen werden auf Grund des Gesetzes über die Klassenlotterie als Gewinne ausgeschüttet.
- ▷ 16⅓ Prozent müssen als Lotteriesteuer abgeführt werden.
- ▷ Etwa 7 bis 8 Prozent gehen als Verdienst an die Besitzer der Lotto-Annahme- und -Bezirksstellen.
- ▷ Etwa 11 Prozent dienen zur Kapitalrücklage und zur Deckung der Grundstücks- und Gehalts- oder sonstiger Kosten der Lotto-Direktion.
- ▷ 15 Prozent aber (das waren im Jahre 1954/55 über sieben Millionen Mark)

* Beim Zahlenlotto muß der Spieler aus einem Feld von 90 Zahlen 5 ankreuzen. Werden dann bei der Ausspielung 5, 4, 3 oder 2 dieser Zahlen gezogen, hat der Spieler einen Gewinnanspruch gegen das Lotto. Nach Angaben des Berliner Finanzsenators Haas hat das Zahlenlotto, das im Januar 1953 begann, im „Rumpfgeschäftsjahr 1952/53“ etwa vier Millionen Mark eingenommen, im vollen Geschäftsjahr 1953/54 stiegen die Einnahmen auf 25 Millionen und im Rechnungsjahr 1954/55 auf 50 Millionen Mark.

sollen „für kulturelle, soziale und karitative Zwecke“ verwendet werden.

Über die Verteilung dieser 15 Prozent entschied laut Gesetz der Lotto-Vorstand, nämlich der alleinige Lotto-Direktor Wilhelm Müller, 61, gemeinsam mit dem Aufsichtsrat, dem drei Abgeordnete — darunter Swolinzky und Günzel — als Vertreter der drei Fraktionen des Berliner Parlaments sowie fünf Vertreter des Senats — der Stadtregierung — angehörten.

Als die Berliner Parlamentarier am 24. Juli 1952 das bis dahin vorbildlose erste Gesetz über ein Zahlenlotto verabschiedeten, hatten sie in der Eile ganz vergessen, genauer festzulegen, was unter „kulturellen, sozialen und karitativen Zwecken“ im einzelnen zu verstehen sei. Damit waren den Mitgliedern des Lotto-Aufsichtsrats und dem Lotto-Direktor Müller weite Auslegungsmöglichkeiten gegeben.

So erhielten beispielsweise im Geschäftsjahr 1954 an Lotto-Sonderzuschüssen der Gesundheitsminister etwa 900 000 Mark, der Senator für Arbeit und Sozialwesen 2,7 Millionen und der Kultusminister 2,5 Millionen. Frau Ella Kay, Berlins Senator für Jugend und Sport, konnte 1,5 Millionen Mark einstreichen.

Außer diesen Mammutbeträgen schütteten Lotto-Müller und sein Aufsichtsrat aber noch viele kleinere Gaben aus. So erhielt beispielsweise der Präsident der Berliner Zentralbank, Professor Rudolf Gleimius, 70 200 Mark für den Wiederaufbau der spätgotischen Gatower Dorfkirche. Westberlins Starballetteuse Tatjana Gsovsky erhielt zur Aufstellung eines Balletts 10 000 Mark und später, zur Finanzierung einer umstrittenen Amerika-Tournee, nochmals 50 000 Mark.

Den Drang, nach Amerika zu fahren, verspürte auch der Pressechef des Westberliner Senats, Senatsdirektor Dr. Hans Hirschfeld (SPD), 61. Hilfreich griff auch ihm das Zahlenlotto unter die Arme und stellte ihm 21 000 Mark zur Beschaffung von Büchern, Geschenken und Werbematerial für seine Propagandareise zur Verfügung.

Dient ein Filmball kulturellen Zwecken?

Dankbar gedenkt auch der „Deutsche Bühnenklub e. V.“ in Berlin-Halensee des spendablen Lotto-Aufsichtsrats. Der Klub bekam mehr, als 75 000 Mark zur Renovierung seiner Räume am Kurfürstendamm. Das Berliner Kabarett „Die Stachel-schweine“ schließlich erhielt 16 000 Mark, für die es seine kleine Bühne, das Lokal „Ewige Lampe“, kaufen konnte.

Aber auch an sich selbst dachten die Mitglieder des Vorstandes. Mußte sich Lotto-Direktor Müller beispielsweise 1953 noch mit Gesamtbezügen in Höhe von 28 400 Mark begnügen, so konnte er 1954 mit 55 200 Mark etwa 20 000 Mark mehr als der Regierende Bürgermeister Berlins einstreichen.

Ähnlich steil ging auch beim Aufsichtsrat die Erfolgskurve in die Höhe: 1953 wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats an Tantiemen, Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern 11 870 Mark gezahlt. 1954 waren es bereits 32 946 Mark. Obgleich das Berliner Abgeordnetenhaus die Mitgliederzahl des Aufsichtsrats auf acht Personen begrenzt hatte, nahmen an den Aufsichtsratssitzungen stets neun Personen teil, da man den Stellvertreter des Aufsichtsratsmitgliedes Senatsdirektor August Weltzien, nämlich den Finanzpräsidenten Dr. Naundorf, einfach noch zum Aufsichtsratsmitglied kooptiert hatte.

In einer Stellungnahme des Aufsichtsrates hierzu heißt es: „Um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu kommen, haben der Vorsitzende, Senatsdirektor Weltzien, und

sein Stellvertreter, Dr. Naundorf, immer zusammen nur eine Stimme abgegeben.“ Die Sitzungsgelder haben diese beiden Herren allerdings nicht nur einfach in Empfang genommen. Inzwischen hat Finanzpräsident Dr. Naundorf „ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung“ seine Bezüge zurückgezahlt.

Viel Kummer hätte sich das Zahlenlotto erspart, wenn es eine Ausschüttungsposition genauer geprüft hätte. Laut Lotto-Aufsichtsratsbeschuß vom 25. Mai 1955 erhielt der neben Swolinzky (SPD) und Günzel (FDP) von der CDU in den Lotto-Aufsichtsrat entsandte CDU-Abgeordnete



Lotto-Aufsichtsräte Swolinzky, SPD, Wille, CDU
Politische Freundschaften zerbrachen...

Lothar C. Wille in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied der Ufa-Affia vom Lotto 30 000 Mark als „Zuschuß zur Ausgestaltung eines Ufa-Affia-Abends“ anlässlich der Filmfestspiele 1955“ in Berlin.

Die Umschreibung „Ausgestaltung eines Ufa-Affia-Abends“ wurde indessen den Tatsachen nicht ganz gerecht. Denn die Veranstaltung dieses Abends, aus dem natürlich eine lange Nacht wurde, nannten das Fest selbst den „Höhepunkt der seit mehreren Jahren vom Abgeordnetenhaus beschlossenen und vom Senat geförderten Internationalen Filmfestspiele“.

Dem Rechnungshof von Berlin war es ein paar Wochen später gar nicht klar, wieso es Pflicht und Aufgabe des Zahlenlottos gewesen sein sollte, für 30 000 Mark ein paar hundert Menschen eine Nacht lang mit Sekt und kaltem Büfett zu bewirten. Der Rechnungshof stellte fest, daß diese luxuriöse Nacht „bestenfalls mittelbar, aber nicht unmittelbar kulturellen Zwecken gedient“ habe.

„Der Rechnungshof glaubt jedenfalls“, so heißt es weiter, „daß der Aufsichtsrat

(des Zahlenlottos) das Gesetz recht großzügig ausgelegt hat, wenn er diese nicht unbedeutende Ausschüttung vorgenommen hat, obwohl viele Ausschüttungsmöglichkeiten vorhanden waren, die der Forderung des Gesetzes, einem sozialen, karitativen oder kulturellen Zweck unmittelbar zu dienen, zweifelsfrei entsprochen hätten.“

Schon ehe dieser kritische Bericht des Rechnungshofes bekannt wurde, hatte der Berliner Senat den Anstellungsvertrag mit dem Lotto-Direktor Müller, der am 30. August 1955 abließ, nicht wieder verlängert. Der Lotto-Aufsichtsrat hielt indes dem Lotto-Direktor Müller, mit dem zusammen er so viel Geld verteilt hatte, die Treue und ernannte ihn unter Belassung seiner alten Bezüge zum „Berater“ des Zahlenlottos.

Drei Rückversicherer

Als dann der kritische Bericht des Rechnungshofes an die Öffentlichkeit kam, bewährte sich eine echte Männerfreundschaft der drei Parlamentarier im Lotto-Aufsichtsrat, der Abgeordneten Swolinzky, Günzel und Wille.

Daß sie mehr vereint als nur die gemeinsame Tätigkeit in Abgeordnetenhaus und Lotto-Aufsichtsrat, nämlich der gesunde Instinkt für die richtige Mischung von Parteipolitik und Steigerung des Einkommens, hatte der SPD-Mann Swolinzky schon in einer Lotto-Debatte am 3. März 1955 ausdrücklich erwähnt. Damals hatte Swolinzky gesagt: „... haben wir drei Männer eine Rückversicherung abgeschlossen. Wir fahren zu dritt, damit man uns nicht noch mit überflüssigen parteipolitischen Vorurteilen entgegentritt...“

Die drei Rückversicherer äußerten sich am 30. November 1955 im Lotto-Haus am Kurfürstendamm zu allen Vorwürfen gegen das Lotto, noch ehe der Senat die Möglichkeit gehabt hatte, zu dem Prüfungsbericht des Rechnungshofes Stellung zu nehmen.

Der Abgeordnete Swolinzky sagte, als das Gespräch auf Lotto-Müllers hohe Bezüge kam: „Hier wird nach Leistung gezahlt.“ Und auf die Frage, ob Lotto-Müller denn unbedingt mehr habe verdienen müssen als der Regierende Bürgermeister: „Müller ist als Mensch sauber und hat den Umsatz gesteigert. Suhr aber hat Berlin nicht vergrößert.“

Angesichts dieses Vergleichs war nicht schwer zu erraten, was das Abgeordnetenhaus in seiner nächsten Sitzung am darauffolgenden Tag tun würde. Einmütig distanzieren sich die Sprecher der drei Fraktionen von den Äußerungen ihrer Kollegen im Lotto-Aufsichtsrat. Gleichzeitig wurden die drei aufgefordert, ihre Abgeordnetenmandate niederzulegen.

Curt Swolinzky, der SPD-Vertreter im Lotto-Aufsichtsrat, gab seinen Austritt aus der SPD bekannt, behauptete aber gleichzeitig, es seinen Wählern nicht zumuten zu können, auch sein Mandat im Abgeordnetenhaus niederzulegen.

Alfred Günzel dagegen, der für die FDP das Lotto beaufsichtigen sollte, legte sein Mandat im Stadtparlament nieder und packte die Koffer, um Berlin, wo ihm nicht nur sein Lotto-Posten, sondern auch eine Direktorstelle bei der Muratti-Cigarettenfabrik AG abhanden kam, ganz und gar Adieu zu sagen.

Zurückgeblieben ist der robuste CDU-Vertreter im Aufsichtsrat, Lothar C. Wille, der noch immer keinerlei Veranlassung sieht, sein Mandat zur Verfügung zu stellen, und statt dessen für sechs Wochen nach Bad Gastein verschwand. Der CDU-Landesvorstand hat ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

In der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses im alten Jahr nahm der Berliner

Senat zum Lotto-Prüfungsbericht des Rechnungshofes Stellung. Das Unerwartete geschah: Der Regierende Bürgermeister Suhr und Finanzsenator Friedrich Haas (CDU) beteuerten, daß beim Zahlenlotto trotz aller Angriffe keine kriminellen Delikte und nicht einmal disziplinarisch zu ahndende Vergehen begangen worden seien.

Zwar habe sich Lotto-Müller bisweilen eigenwillig und manchmal auch ungeschickt verhalten. Und keinesfalls könne der Senat alle Beschlüsse des Aufsichtsrates gutheißen. Es sei auch beklagenswert, daß keine Stelle klare und bindende Richtlinien für die Verteilung der Überschüsse erlassen habe und daß Müllers Bezüge so hoch veranschlagt wurden — aber schließlich und endlich, so meinte Finanzsenator Haas, seien die Überschüsse „doch im Rahmen des vorgeschriebenen Zwecks verteilt worden“, wobei allerdings festgestellt werden müsse, daß die Grenzen „dehnbar“ seien.

Inzwischen haben angesichts der großzügigen Ausgabe der Lotto-Gelder, die von den Spielern fünfzigpfennigweise zusammengetragen wurden, verbitterte Lotto-Spieler in Leserbriefen an Berliner Zeitungen zu einem Lotto-Streik aufgerufen. Aber auch ohne die Aufforderung zum Boykott ist die Wettbeteiligung in Berlin stark zurückgegangen. So wurden bei der 51. Ziehung am 18. Dezember, bei der auch eine zusätzliche Sonderprämie von 150 000 Mark ausgeschüttet wurde, nur etwas mehr als 2 200 000 Wetten abgeschlossen. Ein Jahr zuvor hatten noch mehr als vier Millionen Lotto-Freunde mitgespielt.

Lotto-Müller verlor auch seinen Berater-Vertrag und bekommt nun — er war vor



Lotto-Aufsichtsrat Günzel (FDP)
... weil Geld im Spiele war

seiner Lotto-Zeit bei der Klassenlotterie tätig — bis zu seinem Tode 1500 Mark Monatspension. Das Berliner Abgeordnetenhaus aber hat ein neues Lotto-Gesetz verabschiedet. Danach wird der Lotto-Vorstand künftig nicht mehr nur aus einem, sondern aus drei Mitgliedern bestehen — die Posten werden öffentlich ausgeschrieben. Außerdem wird ein neunköpfiger Verwaltungsrat, dem fünf Abgeordnete angehören werden, die Geschäftsführung des Vorstandes kontrollieren.

Schließlich wird ein Beirat aus drei Abgeordneten und drei Senatsvertretern die Überschüsse des Lottos verteilen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Beirats erhalten ebenso wie die Abgeordneten lediglich ein Sitzungsgeld von 10 Mark.

Weitere Entschädigungen sind jetzt unzulässig.

RECHT

STAATSEINHEIT

Das Landgericht Aurich (Ostfriesland) hatte die Frage zu entscheiden, ob jemand, der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wohnt, einen „inländischen Wohnsitz“ hat. Das Gericht kam zu dem Schluß, daß Mitteldeutschland nicht mehr Inland sei. Die Richter sagten wörtlich: „Zwar wird der Fortbestand des Deutschen Reiches als staatsrechtliche Einheit sowohl von der Bundesrepublik als auch von der DDR anerkannt. Daraus folgt aber nicht, daß auch der Begriff des Inlandes, wie er in dem Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit gebraucht wird, in staatsrechtlichem Sinne zu verstehen ist.“

So fiel



**Erster authentischer Bericht
über die letzten 60 Tage der
schlesischen Hauptstadt —**

Von General d. Inf. a. D.

Hermann Niehoff

Breslau - ein Name, der zum Symbol wurde - die Stätte eines Kampfes, der in die Geschichte eingehen wird. Als erste und einzige deutsche Zeitung veröffentlicht die WELT am SONNTAG eine Serie von Interviews mit dem Verteidiger von Breslau, General d. Inf. a. D. Hermann Niehoff, der vor kurzem aus 10jähriger russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte.

So fiel Breslau — der Bericht über ein deutsches Schicksal jetzt in der

WELT am SONNTAG

Aktuelle Sonntagszeitung für Deutschland